

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Mode als männliches Machtinstrument

Wanderausstellung aus dem Frauenmuseum in Bonn in der Mathilde-Planck-Schule eröffnet - Vortrag über die einschnürende Kleidung

VON ANGELIKA BAUMEISTER

Die Sozialdemokratin Clara Zetkin (1857-1933) war eine der Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Doch auch sie konnte den Konventionen ihrer Zeit nicht entfliehen. Das unterstrich die Stuttgarter Kulturwissenschaftlerin und Museumspädagogin Kerstin Hopfensitz bei der Eröffnung der Wanderausstellung aus dem Frauenmuseum in Bonn zu 100 Jahren Frauenwahlrecht, die gestern an der ebenfalls nach einer Frauenrechtlerin benannten Mathilde-Planck-Schule auf dem Römerhügel eröffnet wurde.

Die mit einem Mieder eingeschnürte Taille, viele Lagen Stoff und ein Kleid, das nicht mal geringste Armbewegungen möglich machte: Das war der Modetrend der Zeit, den Frauen mit ihrer Gesundheit bezahlten. Eine Bauchatmung sei gar nicht möglich gewesen, was auch zu Ohnmachten geführt habe, so Hopfensitz. Sie machte im Kreise von Schülern und Lehrern deutlich, welche Schichten Unter- und Oberkleidung nötig waren, um der damaligen Mode zu entsprechen. Immerhin seien es zweieinhalb Kilogramm Stoff gewesen, die Frauen damals auf dem Leib getragen hätten. Clara Zetkin und weitere Mitstreiterinnen wurden aber al-

len einschnürenden Konventionen zum Trotz zu Vorkämpferinnen der Frauenbewegung.

Die Ausstellung stellt einzelne Frauenrechtlerinnen vom sozialistischen und bürgerlichen Flügel vor. Sie geht der Frage nach, mit welchen Strategien die Frauenrechtlerinnen auftraten und wie sie sich vernetzten. Beliebte Taktik war es, Petitionen einzureichen. Nur zögerlich überwandten bürgerliche Frauen ihren Ständesdünkel und nahmen an Demonstrationen teil, die als proletarische Aktionsform galten.

Laut der Kulturwissenschaftlerin Kerstin Hopfensitz gelang es nun, gesellschaftspolitische Entwicklungen mit dem Thema Mode zu verknüpfen und sie damit anschaulicher zu machen. Der Wandel kam in kleinen Schritten, wie Hopfensitz mit vor mehr als 100 Jahren aufgenommenen Fotos von emanzipierten Frauen aufzeigte: Beim Wandern in der Natur oder beim Tennisspielen war die Kleidung etwas legerer und die Frauen taten etwas, was seinerzeit argwöhnisch beäugt wurde: Sie waren ohne männliche Begleitung in der Natur unterwegs und informierten sich beim Lesen eines Wanderschildes, wo es langgeht.

Das Frauenwahlrecht und damit auch die Demokratie waren jedenfalls nicht

mehr aufzuhalten, doch den ersten Parlamentarierinnen wurden wiederum Steine in den Weg gelegt: Sie durften der Referentin zufolge keine dunkle Kleidung als Symbol für Macht und Würde tragen.

Kerstin Hopfensitz hatte außerdem ein leicht-fließendes Hängerkleid aus den zwanziger Jahren mitgebracht. Die Frauen piffen jetzt auf das Korsett und sie trugen kurzes Haar. Jahrzehnte später gab es einen Skandal, als eine Frau wagte, die modische Gleichstellung im Parlament einzufordern. Die Kulturwissenschaftlerin erinnerte an die SPD-Politikerin Lenelotte von Bothmer, die im Oktober 1970 im Hosenanzug eine Bundestagsrede hielt und danach in anonymen Schreiben übel beschimpft wurde. „Heute würde man von einem Shitstorm sprechen“, so Hopfensitz. „Wer die Hosen anhat, hat das Sagen“, nannte sie als Grund für die männliche Empörung.

Und heute? Die Referentin erinnerte an die Diskussionen bei der Vereidigung der Bundesminister vor rund einem Jahr. Was war geschehen? Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Familienministerin Franziska Giffey (SPD) trugen fast identische Kleider, die Reaktionen im Internet ließen nicht auf sich warten. Das Foto des gesamten Kabinetts zeigte: Alle Männer trugen dunkle Anzüge. Auch der angeblich zu kurze Rock von Justizministerin Katarina Barley wurde kritisiert. „Mir ist es wichtig, den Blick zu schärfen, wie wir auf Frauen und wie wir auf Männer schauen“, so Hopfensitz.

Landrat Dr. Rainer Haas sah in Sachen Gleichstellung auch heute längst noch nicht alles erreicht. Einen Frauenanteil von 31 Prozent im Bundestag, knapp 25 Prozent im Landtag und 24 Prozent im Ludwigsburger Kreistag sah er eindeutig als zu gering an. Er appellierte an die Schülerinnen und Lehrerinnen, mit daran zu arbeiten, dass es zu einer vollständigen Gleichberechtigung kommt.



Die Kämpferin für Gleichberechtigung Clara Zetkin in der Mode ihrer Zeit.

Archivfoto: dpa



Ausstellungseröffnung mit Landrat Rainer Haas (Zweiter von links) Museumspädagogin Kerstin Hopfensitz (Dritte von links) sowie Kai Rosum, Wolfgang Ulshöfer, Andreas Moser von den beruflichen Schulen und Cynthia Schönau vom Landratsamt (von links).

Foto: Oliver Bürkle

INFO: Die Wanderausstellung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht ist derzeit in der Mathilde-Planck-Schule und vom 16. bis 29. April im Ludwigsburger Kreishaus zu sehen.

AUS DEM STADTTEILAUSSCHUSS DER OSTSTADT

Baumschutzsatzung hilft nicht

Die Baumfällarbeiten am Gämsenberg im Schloßlesfeld haben jetzt auch den Stadteilausschuss beschäftigt. „Hätte die Baumschutzsatzung die Baumfällungen verhindert“, wollten die Mitglieder wissen. „Nein“, lautete die Antwort der Baubürgermeisterin Gabriele Nießen. Selbst wenn in Ludwigsburg schon eine Baumschutzsatzung, wie sie der Gemeinderat gerade diskutiert, gelten würde, der Gämsenberg liegt im Außenbereich und damit außerhalb des Geltungsbereichs der Satzung. Die Stadtverwaltung betonte bei dieser Gelegenheit noch einmal, dass sie keine Kenntnis von den Baumfällungen durch Pflugfelder Immobilien hatte. Auf dem Gelände wollen die städtische Wohnungsbau und Pflugfelder 120 Wohnungen bauen. Dr. Joachim Hofmann (CDU) fordert für das neue Wohngebiet am Gämsenberg eine Anbindung an den Bus. Das soll laut Oberbürgermeister Werner Spec auch passieren. Die Linie 443 über Neckarweihingen nach Marbach soll künftig nicht durch die Marbacher Straße, sondern durch die Schorndorfer Straße, über das Krankenhaus und die Neckarstraße fahren. Hofmann und seine CDU-Ratskollegin, Ingeborg Choeb, wünschen sich außerdem eine bessere Nahversorgung im Schloßlesfeld. Den Stellplatzschlüssel von einem Stellplatz für jede der Wohneinheiten findet Choeb zu gering. „Viele Leute haben zwei Autos.“ Melanie Albrich (Freie Wähler) fragt sich außerdem, wie der Verkehrsabfluss aus dem neuen Wohngebiet funktionieren soll, wenn auf der Neckarstraße Stau ist.

Rundgang zur BRT-Trasse

Zum Thema BRT-Trasse bietet die Stadt zwei Rundgänge durch die Oststadt an. Einen am Freitag, 5. Ap-

ril. Start ist um 16 Uhr auf dem Arsenalplatz. Und einen am Freitag, 12. April. Start ist um 16 Uhr beim HCL in der Fuchshofstraße. Ob es möglich sei, die BRT-Trasse nach Oßweil so zu bauen, dass eine Spur ausreicht, wollte Ausschussmitglied Yannick Schulze (SPD) wissen. Die Stadtverwaltung hat darauf noch keine Antwort. Schulze befürchtet, dass bei zwei Spuren große ungenutzte Flächen im Straßenraum entstehen.

Zwei Stadtteilbeauftragte

Sophie Hufnagl und Romina Caragiuli sind ab sofort die beiden zuständigen Stadtteilbeauftragten für die Oststadt. Hufnagl hat die Gesamtkoordination und kümmert sich dabei unter anderem um das Stadtentwicklungskonzept, den Stadteilausschuss und die Bürgerbeteiligung. Caragiuli ist Ansprechpartnerin für den sozialen Zusammenhalt. Sie wird mit Sprechzeiten vor Ort präsent sein und für die Bürger, die Vereine und andere Institutionen Ansprechpartnerin sein. Kontakt: Sophie Hufnagl, s.hufnagl@ludwigsburg.de, (0 71 41) 9 10 40 66; Romina Caragiuli, r.caragiuli@ludwigsburg.de, (0 71 41) 9 10 41 17.

Schlechter Straßenzustand

Der Stadteilausschuss beklagt den Zustand der Ost-, der Hindenburg- und der Königsberger Straße. Laut Stadtverwaltung ist derzeit aber keine Sanierung vorgesehen. Erst müsse die Planung der BRT-Trasse durch die Oststadt abgewartet werden.

Oststraße: Ärger über Ampel

Die neue Ampelschaltung an der Kreuzung Ost-, Neckar- und Schorndorfer Straße sorgt noch immer für Ärger. Laut den Mitgliedern des Ausschusses seien die Rot- und Grünphasen nicht nachvollziehbar. Nach

Auskunft der Stadtverwaltung ist die Ampel technisch auf dem neuesten Stand. Ihre Schaltung werde laufend optimiert. Die Busse werden an der Kreuzung mittlerweile bevorzugt. Das habe einen Einfluss auf alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Viel Verkehr in Vischerstraße

Anwohner klagen zunehmend über den Durchgangsverkehr in der Vischerstraße. Die Stadt will dort jetzt die Verkehrsmenge und die gefährlichen Geschwindigkeiten ermitteln. Mittelfristig soll ein Konzept erstellt werden, mit dem verhindert werden kann, dass die Vischerstraße als Ausweichroute zur Oststraße genutzt wird.

Parkproblem durch MHP

Die Anwohner der Alt-Württemberg-Allee beklagen sich weiterhin darüber, dass sie seit der Ansiedlung des Unternehmens MHP kaum noch einen Parkplatz finden. Nach Auskunft der Stadtverwaltung finanziert die Firma ihren Mitarbeitern die Parkausweise, daher gebe es bei den Angestellten keinen Anreiz, über Alternativen zum Auto nachzudenken.

Nichts Neues zu Lidl

Laut Verwaltung gibt es keine neuen Nachrichten zu den Plänen von Lidl. Das Unternehmen möchte seine Filiale an der Oststraße abreißen und durch einen größeren und höheren Neubau ersetzen. Lidl überarbeite derzeit seine Pläne, vor der Sommerpause soll ein erneuter Aufstellungsbeschluss in den Gemeinderat kommen. Ein Mitglied der Interessengemeinschaft „Grüner Lidl“ hat mittlerweile eine Petition auf der Internetseite Openpetition geschaltet (unter den Begriffen Ludwigsburg und Lidl zu finden). Dort werden Unterschriften für einen grünen und ebenerdigen Lidl gesammelt. (wa)

ANZEIGE

YEESSSSSSSS

Tarif gewechselt.

Gutscheine bekommen.

Wir schenken Ihnen einen 25 Euro-Ludwigsburg-Gutschein (LUIS). Wenn Sie bis zum 20.04.19 zum TREUE-Tarif für Strom oder Gas wechseln erhalten Sie bis zu 30 Monate Preisgarantie auf den Energiepreis plus TREUE-Rabatt und den LUIS-Gutschein. Mehr Infos: SWLB.de/treuetarife

SWLB